Stand: 16.12.2025 10:07:07

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/16982

"TTIP-Verhandlungen - Bericht zur USA-Reise von Staatsministerin Dr. Beate Merk"

Vorgangsverlauf:

- 1. Initiativdrucksache 17/16982 vom 18.05.2017
- 2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18370 des BU vom 28.09.2017
- 3. Beschluss des Plenums 17/18507 vom 12.10.2017
- 4. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 12.10.2017



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

18.05.2017 **Drucksache** 17/16982

Antrag

der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

TTIP-Verhandlungen – Bericht zur USA-Reise von Staatsministerin Dr. Beate Merk

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich und mündlich zu berichten.

- welchen genauen Inhalt das im Rahmen der vom 9. bis 13. Mai 2017 durchgeführten USA-Reise der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Dr. Beate Merk von ihr geführte Gespräch mit dem bisherigen US-Chefunterhändler für das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) Daniel Mullaney zu den transatlantischen Handelsbeziehungen und dem gegenseitigen Nutzen eines Freihandelsabkommens hatte,
- insbesondere ob hierbei über eine Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen gesprochen wurde.
- ob das Thema TTIP und transatlantische Handelsbeziehungen auch beim Gespräch von Staatsministerin Dr. Beate Merk mit Bill Moeller anlässlich ihrer USA-Reise zur Sprache kam und falls ja, mit welchem Inhalt,
- ob der Staatsministerin Dr. Beate Merk aufgrund ihrer USA-Reise oder der Staatsregierung aktuell neue Erkenntnisse darüber vorliegen, wie sich die US-Administration zukünftig zu TTIP verhalten wird
- ob die Staatsregierung Interesse daran hat, dass die TTIP-Verhandlungen fortgeführt werden und dies durch Staatsministerin Dr. Beate Merk in den USA anlässlich ihrer USA-Reise zum Ausdruck gebracht werden sollte und gebracht wurde und ob und wie die Staatsregierung dies gegenüber den USA zum Ausdruck bringt,
- ob und falls ja, welche Anstrengungen die Staatsregierung derzeit sonst unternimmt, damit die die Verhandlungen zu TTIP fortgesetzt werden und wie der aktuelle Stand der TTIP-Verhandlungen ist,

- welche Anstrengungen anderer Ebenen (Bundestag, EU etc.) die Staatsregierung unterstützt, um die TTIP-Verhandlungen zu Ende zu bringen,
- inwieweit die Staatsregierung darüber Kenntnis hat und es unterstützt, dass der Investitionsschutz, die Schiedsgerichtsbarkeit und andere kritische Inhalte des TTIP überarbeitet und reformiert werden und welche Verbesserungsvorschläge die Staatsregierung eingebracht hat oder einbringen wird,
- welche anderen Möglichkeiten außer TTIP die Staatsregierung sieht, den Handel mit den USA zu erleichtern und zu intensivieren und einer Abschottung des US-Marktes entgegenzuwirken,
- ob bereits eine Abschottung des US-Marktes festzustellen ist und welche konkreten Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft durch eine Abschottung des US-Marktes bereits festzustellen oder zu erwarten sind.

Begründung:

Staatsministerin Dr. Beate Merk reiste vom 9. bis 13. Mai 2017 zu Gesprächen in die USA. Unter anderem fand ein Gespräch mit dem bisherigen US-Chefunterhändler für das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) Daniel Mullaney zu den transatlantischen Handelsbeziehungen und dem gegenseitigen Nutzen eines Freihandelsabkommens am 10. Mai 2017 sowie ein Gespräch mit Bill Moeller, dem ehemaligen US-Generalkonsul in München und jetzigem Direktor für Nordafrika und Europa im US-Handelsministrium, statt. Da es beim Gespräch mit Daniel Mullaney um TTIP ging und Bill Moeller in München regelmäßig als TTIP-Befürworter auftrat, so dass auch im Gespräch mit ihm vermutlich über TTIP und die transatlantischen Handelsbeziehungen gesprochen wurde, soll der Landtag aufgrund der Wichtigkeit des Themas über die Inhalte dieser Gespräche Bescheid wissen. Dies umso mehr, als derzeit in der Öffentlichkeit davon gesprochen wird, dass die TTIP-Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten. Daher ist es weiterhin wichtig zu wissen, welche Anstrengungen die Staatsregierung hierbei unternimmt und wie der aktuelle Sachstand beim Handel mit den USA und den TTIP-Verhandlungen ist.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

28.09.2017 **Drucksache** 17/18 370

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 17/16982

TTIP-Verhandlungen - Bericht zur USA-Reise von Staatsministerin Dr. Beate Merk

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung mit der Maßgabe, dass im ersten Satz die Wörter "und mündlich" gestrichen werden.

Berichterstatter: Jürgen Mistol
Mitberichterstatterin: Mechthilde Wittmann

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag mitberaten.
- 2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 61. Sitzung am 20. Juni 2017 beraten und einstimmig mit den in I. enthaltenen Änderungen Zustimmung empfohlen.
- Der Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 28. September 2017 mitberaten und einstimmig der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses zugestimmt.

Dr. Franz Rieger Vorsitzender



Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode

12.10.2017 Drucksache 17/18507

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 17/16982, 17/18370

TTIP-Verhandlungen – Bericht zur USA-Reise von Staatsministerin Dr. Beate Merk

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich zu berichten,

- welchen genauen Inhalt das im Rahmen der vom 9. bis 13. Mai 2017 durchgeführten USA-Reise der Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen Dr. Beate Merk von ihr geführte Gespräch mit dem bisherigen US-Chefunterhändler für das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) Daniel Mullaney zu den transatlantischen Handelsbeziehungen und dem gegenseitigen Nutzen eines Freihandelsabkommens hatte.
- insbesondere ob hierbei über eine Wiederaufnahme der TTIP-Verhandlungen gesprochen wurde,
- ob das Thema TTIP und transatlantische Handelsbeziehungen auch beim Gespräch von Staatsmi-

- nisterin Dr. Beate Merk mit Bill Moeller anlässlich ihrer USA-Reise zur Sprache kam und falls ja, mit welchem Inhalt,
- ob der Staatsministerin Dr. Beate Merk aufgrund ihrer USA-Reise oder der Staatsregierung aktuell neue Erkenntnisse darüber vorliegen, wie sich die US-Administration zukünftig zu TTIP verhalten wird,
- ob die Staatsregierung Interesse daran hat, dass die TTIP-Verhandlungen fortgeführt werden und dies durch Staatsministerin Dr. Beate Merk in den USA anlässlich ihrer USA-Reise zum Ausdruck gebracht werden sollte und gebracht wurde und ob und wie die Staatsregierung dies gegenüber den USA zum Ausdruck bringt,
- ob und falls ja, welche Anstrengungen die Staatsregierung derzeit sonst unternimmt, damit die die Verhandlungen zu TTIP fortgesetzt werden und wie der aktuelle Stand der TTIP-Verhandlungen ist,
- welche Anstrengungen anderer Ebenen (Bundestag, EU etc.) die Staatsregierung unterstützt, um die TTIP-Verhandlungen zu Ende zu bringen,
- inwieweit die Staatsregierung darüber Kenntnis hat und es unterstützt, dass der Investitionsschutz, die Schiedsgerichtsbarkeit und andere kritische Inhalte des TTIP überarbeitet und reformiert werden und welche Verbesserungsvorschläge die Staatsregierung eingebracht hat oder einbringen wird,
- welche anderen Möglichkeiten außer TTIP die Staatsregierung sieht, den Handel mit den USA zu erleichtern und zu intensivieren und einer Abschottung des US-Marktes entgegenzuwirken,
- ob bereits eine Abschottung des US-Marktes festzustellen ist und welche konkreten Auswirkungen auf die bayerische Wirtschaft durch eine Abschottung des US-Marktes bereits festzustellen oder zu erwarten sind.

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 14 der Liste; das ist der Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Keine Abschiebungen aus der Schule", Drucksache 17/17150. Dieser Antrag wird auf Wunsch der Fraktion in der nächsten Plenarsitzung mit einem ähnlichen Antrag der FREIEN WÄHLER beraten.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme des jeweiligen maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie Herr Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Verfassungsstreitigkeiten und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 5)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeiten

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 10. Juli 2017 (Vf. 11-VIII-17) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und der Antragsgegnerin CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag vom 3. Juli 2017 über die Frage, ob § 1 Nrn. 1 und 2 sowie § 2 Nrn. 1, 3 und 4 des Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen, des Bayerischen Abgeordnetengesetzes und des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Staatsregierung vom 24. April 2017 (GVBI. S. 81) die Bayerische Verfassung verletzen PII/G1310.17-0009 Drs. 17/18317 (G)
 - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unbegründet.
 - Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A	Z	Α

- Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. August 2017 (Vf. 13-VIII-17) betreffend Meinungsverschiedenheit zwischen der Antragstellerin Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag und den Antragsgegnerinnen
 - 1. CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag
 - 2. Bayerische Staatsregierung

vom 1. August 2017 über die Frage, ob Art. 5 Abs. 1 Satz 1, Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nrn. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Sätze 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (GVBI. S. 145, BayRS 12-1-I) sowie Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBI. S. 498, BayRS 204-7-I), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) geändert worden ist, die Bayerische Verfassung verletzen PII/G1310.17-0010

Drs. 17/18318 (G)

- I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
- II. Der Antrag ist unbegründet.
- III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A	Z	A

- 3. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 14. August 2017 (Vf. 14-VII-17) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit der Art. 5 Abs. 1 Satz 1, Art. 8 Abs. 1 Satz 1, Art. 9, 10 Abs. 1, Art. 11 Abs. 2 Satz 3, Abs. 3 Nrn. 1 und 2, Art. 12 Abs. 1, Art. 13, 15 Abs. 2 und 3, Art. 16 Abs. 1, Art. 17 Abs. 2 Satz 1, Art. 18 Abs. 1, Art. 19 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1 Sätze 1 und 3, Art. 25 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 Nrn. 2 und 3, Abs. 2 Satz 2, Abs. 3 Nrn. 2 und 3 des Bayerischen Verfassungsschutzgesetzes (BayVSG) vom 12. Juli 2016 (GVBI. S. 145, BayRS 12-1-I) sowie des Art. 30 Abs. 3 des Bayerischen Datenschutzgesetzes (BayDSG) vom 23. Juli 1993 (GVBI. S. 498, BayRS 204-1-I), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 24. Juli 2017 (GVBI. S. 388) geändert worden ist PII/G1310.17-0011 Drs. 17/18319 (G)
 - I. Der Landtag beteiligt sich an dem Verfahren.
 - II. Der Antrag ist unbegründet.
 - III. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
Z	A		Α

4. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 12. September 2017 (Vf. 51-IVa-17) betreffend Verfassungsstreitigkeit zwischen den Antragsstellern 1. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL, 2. Landtagsfraktion FREIE WÄHLER, vertreten durch den Fraktionsvorsitzenden Hubert Aiwanger und der Antragsgegnerin Bayerische Staatskanzlei, vertreten durch deren Leiter Dr. Marcel Huber, über die Frage, ob die Staatsministerin a. D. Christine Haderthauer die Rechte der Antragsteller aus Art. 13 Abs. 2 Satz 1, Art. 16a Abs. 1 und 2 der Bayerischen Verfassung verletzt hat, indem sie die Landtagsabgeordneten Florian Streibl und Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer mit Schreiben vom 11. Juni 2014 unter Benutzung ihrer Amtsfunktion als Staatsministerin und Leiterin der Staatskanzlei zum Unterlassen bestimmter Erklärungen aufforderte, die die Abgeordneten zur Grundlage eines Dringlichkeitsantrags im Landtag vom 3. Juni 2014 gemacht hatten, und indem sie eine Abschrift der Unterlassungsaufforderung an die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER und die Fränkische Landeszeitung übersenden ließ PII-G1310.17-0012

Drs. 17/18343 (G)

Der Landtag gibt im Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A	A

 Schreiben des Bundesverfassungsgerichts – Erster Senat – vom 30. August 2017 (1 BvR 1675/16, 1 BvR 745/17, 1 BvR 981/17, 1 BvR 836/17) betreffend Verfassungsbeschwerden

I. 1 BvR 1675/16

- 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 9. Juni 2016
 BVerwG 6 C 37.16 –,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 18. März 2016
 BVerwG 6 C 7.15 –,
 - c) das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen vom 12. März 2015 – 2 A 2423/14 –
 - d) das Urteil des Verwaltungsgerichts Arnsberg vom 20. Oktober 2014
 8 K 3353/13 –
- mittelbar gegen § 2 Abs. 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (RBStV) in Verbindung mit dem Nordrhein-Westfälischen Zustimmungsgesetz

II. 1 BvR 745/17

- 1. unmittelbar gegen
 - a) das Urteil des Bundesverwaltungsberichts vom 25. Januar 2017
 BVerwG 6 C 11.16 –,
 - b) das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 3. März 2016 VGH 2 S 386/15 –,
 - c) das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 27. Januar 2015
 3 K 1773/14 –,
- mittelbar gegen § 2 Abs. 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (RBStV) in Verbindung mit dem Baden-Württembergischen Zustimmungsgesetz

III. 1 BvR 981/17

- 1. unmittelbar gegen
 - a) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 25. Januar 2017
 BVerWG 6 C 15.16 –,
 - b) das Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 3. März 2016 – 2 S 1629/15 –,
 - c) das Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart vom 1. Juli 2015
 3 K 4017/14 –,
- mittelbar gegen § 2 Abs. 1 des Rundfunkbeitragsstaatsvertrags vom 15. Dezember 2010 (RBStV) in Verbindung mit dem Baden-Württembergischen Zustimmungsgesetz

IV. 1 BvR 836/17

- 1. unmittelbar gegen
 - a) den Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. März 2017

 BVerwG 6 C 5.17 –,
 - b) das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 7. Dezember 2016
 BVerwG 6 C 49.15 –,
- mittelbar gegen den Rundfunkbeitragsstaatsvertrag vom 15. bis 21. Dezember 2010, nach Zustimmung des Landtags vom 17. Mai 2011, bekannt gemacht am 7. Juni 2011 (GVBI. S. 258)

PII-G1320.17-0001 Drs. 17/18321 (E)

Der Landtag gibt in den Verfahren keine Stellungnahme ab.

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		Z	Z

|--|

6.	Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Martin Güll, Kathi Petersen u.a. SPD
	Mobbing an Schulen: Konzept statt Projekte
	Drs. 17/16365, 17/18374 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Mobbingprävention an der Schule durch gute Rahmenbedingungen Drs. 17/16835, 17/18375 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z	Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Doris Rauscher, Ilona Deckwerth u.a. SPD Dialog für Erhöhung der Tarifbindung anstoßen Drs. 17/16837, 17/18356 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A		Z	Z

 Antrag der Abgeordneten Kathi Petersen, Annette Karl, Natascha Kohnen u.a. SPD Ausweitung der Ausbildungsgänge in Teilzeit an Berufsfachschulen auf weitere landesrechtlich geregelte Berufsfelder Drs. 17/16914, 17/18376 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A	Z		Z

10.	Antrag der Abgeordnet Dr. Simone Strohmayr Gerechtigkeit. Bildung. gute Betreuung kranke Drs. 17/16915, 17/183	u.a. SPD Zukunft. Familien stär r Kinder an den Schul	rken –	
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
11.	Dringlichkeitsantrag de Prof. (Univ. Lima) Dr. F Nach Türkei-Referendi Milliarden-Heranführun Volksabstimmung zur Drs. 17/16967, 17/182 Votum des federführen Bundes- und Europaan	Peter Bauer u.a. und F um: Beitrittsverhandlur igshilfen stoppen, Todesstrafe in Deutsch 15 (G) iden Ausschusses für	raktion (FREIE WÄHL ngen beenden, nland verhindern	ER)
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		A		A
12.	Antrag der Abgeordnet Dr. Simone Strohmayr Grundschulen stärken Drs. 17/16969, 17/183	u.a. SPD – Bildungspaket deutli		
	Votum des federführer Bildung und Kultus	nden Ausschusses für		
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
	A			Z
13.	Antrag der Abgeordnet Thomas Mütze u.a. un TTIP-Verhandlungen – Bericht zur USA-Reise Drs. 17/16982, 17/183	d Fraktion (BÜNDNIS von Staatsministerin I	90/DIE GRÜNEN)	
	Votum des federführer Bundes- und Europaar		regionale Beziehunger	1
	CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
		团		

 Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Keine Abschiebungen aus der Schule Drs. 17/17150, 17/18369 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD Umsatzsteuerbetrug im Onlinehandel unterbinden Drs. 17/17179, 17/18372 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
A			Z

 Antrag der Abgeordneten Dr. Herbert Kränzlein, Harald Güller, Reinhold Strobl u.a. SPD Stellungnahme des ORH zum Einsatz "Neuer Steuerungsinstrumente" in der Staatsverwaltung Drs. 17/17750, 17/18373

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären